

Königlich privilegierte Berliner Zeitung

von Staats- und gelehrten Sachen. 1909. Dienstag, den 23. März.

№ 138.

Abend-Ausgabe.

Postische

Zeitung.

Dienstag, den 23. März.



Abonnements vierteljährlich (ohne Zustellungsgebühr) bei unserer Expedition für Berlin 6.50 Mk., vierteljährlich 7.50 Mk., für Österreich-Ungarn 12 Kr. 6 H.oll. Für das übrige Ausland nehmen das Postamt in Köln und auch die Postanstalten einiger Länder Abonnements entgegen, samt unserer Expedition zum Preise v. 18 Mk. Fernsprech-Anschlüsse: Redaktion Amt I 1566, Expedition Amt I 7462, Druckerei Amt I 7290, Ferndruck-Anschluss der Redaktion: No. 28.

Anzeigen werden nach Schriftarten laut Tarif berechnet. Die Spezialzeile in kleiner Schrift kostet für das Morgenblatt 60 Pf., für die Beilage „Für Reise und Wanderung“ 80 Pf., für das Abendblatt 70 Pf. Für die amtlichen Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden 40 Pf. im Spezialtarif. „Reklametext“ kostet 40 Pf. dieser Schriftart 1 Mk. 50 Pf. unter Geschäftsliche Mitteilungen 3 Mk. Post-Zeitungs-Preisliste Seite 207.

Im Verlage Postischer Erben.

Redaktion und Expedition Breite Straße No. 8. u. 9., Berlin C.

Beamtet, Redakteur (mit Ausnahme der Sonntage) Hermann Bachmann in Berlin.

Reichskanzler und Reichstag.

Herrn Bülow ist ein seltener Gast im Parlament. Am Abgeordnetentag hat er zum letzten Male in dieser Session am 19. Januar gesprochen. Am Reichstag hat er sogar seit dem 10. Dezember nicht mehr das Wort ergriffen. Die Landtags-Session ist am 20. Oktober eröffnet worden. Der Reichstag hat, nachdem er im vorigen Frühjahr verlagert worden war, keine Arbeiten am 4. November wieder aufgenommen. Seitdem hat Herr Bülow im Abgeordnetentag wohl überhaupt nur ein einziges Mal, bei der ersten Sitzung des Staats, sich hören lassen. Am Reichstag hat er im ganzen viermal gesprochen: am 10. November bei den Verhandlungen über die Interpellation wegen des Kaiserinterdiktions, am 19. November in der ersten Lesung der Steuerverordnungen und am 7. und 10. Dezember in der ersten Lesung des Staats.

Auch Bülow hat oft wochen- und monatlang, während die Reichstags-Sitzungen, sich nicht gezeigt, sondern immer nur dann, wenn er sich in die Stille der Reichstags-Sitzung im Saal des Reichstags zurückgehen konnte. Sobald er in Berlin weilte, hat er niemals lange die Gebührende, den parlamentarischen Kämpfen fern zu bleiben, wenn am öffentlichen oder am weltlichen Ende der Reichstags-Strasse die Geister aufeinander stießen. Herr Bülow aber macht sich nur im Parlament, und zwar in wenigen Minuten in der Lage ist, auf die Reichstags-Sitzung zu erscheinen und aufzurufen zu gehen. Er bleibt ruhig in der Wilhelmstraße, mögen die Volkvertreter am Königplatz und in der Prinz Albrechtstraße reden, worüber sie wollen. Der leitende Staatsmann verläßt sich auf seine Ministerkollegen im Abgeordnetentag und auf die ihm untergebenen Staatssekretäre im Reichstag. Er entsetzt wohl auch seinen Chef der Reichstags-Sitzung, bald Herrin, um aus seinen Munde kann zu hören, wie es war. Ein burokratisches im Anfangen geordnetes Verfehr durch Mittelverleger kann aber die Volkvertreter wenig befriedigen und die Wähler ebensovienig.

Da Herr Bülow in diesem Jahr im Pleum persönlich überhaupt noch nicht in die Verhandlungen des Reichstags eingegriffen hat, ist gewiss der Wunsch nicht unbefriedigt, statt dessen Reichstags-Sitzung, bald Herrin, um aus seinen Munde kann zu hören, wie es war. Ein burokratisches im Anfangen geordnetes Verfehr durch Mittelverleger kann aber die Volkvertreter wenig befriedigen und die Wähler ebensovienig.

Da Herr Bülow in diesem Jahr im Pleum persönlich überhaupt noch nicht in die Verhandlungen des Reichstags eingegriffen hat, ist gewiss der Wunsch nicht unbefriedigt, statt dessen Reichstags-Sitzung, bald Herrin, um aus seinen Munde kann zu hören, wie es war. Ein burokratisches im Anfangen geordnetes Verfehr durch Mittelverleger kann aber die Volkvertreter wenig befriedigen und die Wähler ebensovienig.

Die Orientkrisis.

Zur Lage.

Als von Frankreich jüngst die Anregung ausging zu gemeinsamen schiedsrichterlichen Schritten der Mächte in Wien und Zagreb, lösten Österreich und mit ihm auch Deutschland ein solches Verfahren mit dem Sinne aus, daß nicht in Wien, sondern in Zagreb allein die Arbeit zur Erhaltung des Friedens einzusetzen habe. Es darf als ein neues Zeichen des

Entgegenkommens Österreichs angesehen werden, daß man sich in Wien nun doch mit England über die Beilegung des Streitens unterhält und sogar die Antwort auf die letzte untröstliche Note Serbiens bis zur Beendigung dieser Verhandlungen aussetzt. In diesem Falle weicht der Starke wirklich einen Schritt zurück. Doch die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens werden dadurch nicht erhöht. Zunächst scheint in Zagreb eine solche Auslösung von dem Wesen des englischen Vermittlungsverfahrens abgesehen zu haben. Nach den Auslegungen der letzten Note zu urteilen, sieht man die Tatsache, daß Österreich sich höflicherweise nicht abgesetzt hat, sich mit England in Verbindung zu setzen, für einen Erfolg der serbischen Politik an. Man glaubt dort, die Vermittlung Englands sei danach ansetzen, zu dem Ziele zu führen, das Serbien von Anfang an angestrebt hat, nämlich die Serben der Notwendigkeit zu entheben, direkt mit Österreich zu verhandeln, und zudem, was noch wichtiger ist, die bosnische Frage schließlich doch vor dem Gerichtshof der europäischen Mächte zu bringen. Denn mit dem englisch-serbischen und englisch-serbischen Notenwechsel ist es ja nicht abgetan. Nicht zwischen zwei, sondern zwischen drei Parteien hat England den Vermittlungsweg zu spielen. Ob die englische Diplomatie so weit vordringt, daß sie nur noch Österreich und Serbien vor sich hat, ist zwar die schwierigste Frage zu nehmen, die Österreich und England trennt. Hier stellt sich ja auch alles noch am die bosnische Frage. Die Serben haben also immerhin einige Vorteile aus der Annahme, daß die harte Rus, die sie, weil sie sich selbst nicht finden können, den Großmächten zum Ansehen überweisen haben, von diesen tatsächlich zur Bearbeitung übernommen werden. In Zagreb etwa eine Arien läge, sie von ihrer bisherigen Bahn abzulassen, kann niemand behaupten. Die bosnischen Serben und Serbien auf diese Weise zusammen zu bringen, sind, wie wir schon, zur Erfolglosigkeit verurteilt. Aber auch ein Ausgleich des russisch-österreichischen Gegensatzes ist schwierig zu erhoffen. Wie wenig ausführlich die Befriedigung auch in dieser Hinsicht sind, ergibt sich wohl daraus, daß eines der Wiener Blätter, denen sich das Wiener Auswärtige Amt zur Berechtigung seiner Ansichten bedient, Herrn Jovanovic die Worte in den Mund gelegt hat, er selbst könne in dieser so schwierigen Frage keine Entscheidung treffen, vielmehr ließe er sich dem Herrn Nikolaus zuwenden, daß Herr Jovanovic das gesagt hat, möglich aber auch, daß man die Forderung gütlich in die Welt gesetzt hat. Jedenfalls klingt es wie ein Appell an den Kaiser Nikolaus persönlich, wenn ein halbamtliches österreichisches Blatt mit der Werbung hervortritt, daß Jovanovic jene Worte gesprochen haben soll. Es sind die letzten Forderungen, die zu unternehmen werden, um einen Ausweg zu finden. Doch im Laufe dieser Woche oder höchstens zu Beginn der nächsten wird man erfahren, ob ein Weg gefunden wird oder ob es erst aus hartem Felsgestein herausgeprengt werden muß.

Wien, 23. März. (Sig. Drahtler.) Von unterrichteter englischer Seite verlautet: Der von Sir Edward Grey dem hiesigen auswärtigen Amt vorgelegte englische Vermittlungs-vorschlag ist auf dem Balkanpage als abgemittelt und nicht weiter zu berücksichtigen worden. An Stelle der englischen Forderung ist eine Gegenforderung aus dem englischen Kabinet in London gestellt worden. Die Antwort des englischen auswärtigen Amtes wird hier für Donnerstag erwartet. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die Anträge, unter denen Serbien vollständig abzurufen hätte.

Paris, 23. März. (Aus einem gelegentlichen Mitarbeiter.) Nachdem in den letzten Tagen bekannt geworden war, daß sowohl der deutsche, als auch der italienische Vermittlungs-vorschlag auf Anerkennung der Annexion Bosniens sowie hinsichtlich des Konferenzprogramms in Petersburg auf Schwierigkeiten gestoßen sind, erregt die Mitteilung Belgrads, daß die hiesige Sir Edward Greys vom Wiener Kabinet als nicht geeignet bezeichnet wird, eine Lösung der serbischen Frage herbeizuführen. Frankreich wird, wenn es zu einer Einigung zwischen England und Österreich-Ungarn über die Vermittlungsergebnisse kommen sollte, dies unbedingt annehmen und sich bemühen, auch das russische Kabinet zur Annahme zu bewegen. Man erwartet daher gespannt die Antwort Englands auf den österreichisch-ungarischen Gegenanschlag, die am Donnerstag in Wien eintreffen wird.

Paris, 23. März. Von offizieller Seite wird bezüglich des österreichisch-serbischen Zwischenfalls gemeldet, daß England, Frankreich und Serbien einen neuen Vermittlungs-Vorschlag für die Serben abgeben werden. Die Erklärung vorschlagen wollen, von dem man hofft, daß er Österreich-Ungarn befriedigen werde.

Ein Ministerverbre.

Wien, 22. März. Nach einem Bericht der Zeitungserredaktion „Waffen“ hielt Bundesminister Beckhoffer in einer Rede-Veranstaltung eine Rede, in der er u. a. ausführte, die unehrliche Kriegsführung sei die Ursache des Souveränitätsrechts und der Rechte auf Boden und die Prolegomena, in einem Affäre, der nicht anders beendet habe, als einen fahigen Zustand in einen rechtlichen zu verwandeln. Jetzt, wo die Annexion zur Tatsache geworden, seien die Österreichern bereit, die dreißigjährige Autarkiearbeit, die Österreich in den okkupierten Ländern des Balkans auf sich zu nehmen, zu verweigern. Er, der Minister, glaube an der Frieden, der auch durch die Annexion, daß, wenn ein Krieg kommen sollte, die Völker Österreichs einzig in der Verteidigung ihrer Rechte einzusetzen werden.

Die Grenzverhältnisse.

Wien, 23. März. (Sig. Drahtler.) Die „Zeit“ meldet auf Grund authentischer Mitteilungen, daß sich im Monat März allein an der serbischen Grenze neun Zwischenfälle ereignet haben, wovon vier bisher unbekannt geblieben seien. Das Kriegsministerium stellt in Abrede, daß bei diesen Zwischenfällen mehr als ein Zeter gefallen sein soll. Auch vom Tode des Major-Regimentschefen Fuchs enthält die obere Militärbehörde keine Kenntnis zu haben. Dieser Angabe gegenüber kann ich mitteilen, daß ich Kenntnis nehmen konnte in die vom Regimentskommando dem Obersten des gefallenen Offiziers geliebte Lebensgeschichte: Sie werden verhandelt, daß Herr Fuchs infolge eines Schusses in den Unterleib gestorben ist.

Die Vorkehrungen der Türkei.

Wien, 22. März. (Sig. Drahtler.) Oesterreich gingen 9 Magasin Munition und heute 18 Magasin Carlinigewehre mit Sonderzug nach Mitrowiza ab. Die Munition soll dort zur späteren Verteilung an die muslimanische Bevölkerung aufgespeichert werden.

Sonstige Meldungen.

Wien, 23. März. (Sig. Drahtler.) Österreich kauft in Metzinger große Mengen Gütermittel zur künftigen Lieferung an.

Berlin, 23. März.

Hofnachrichten. Der Kaiser sprach heute beim Reichskanzler vor.

Nachmal Professor Leigig. Der Führer der hiesigen Nationalliberalen, Herr Prof. Leigig, sendet uns nochmals eine Zustimmung, worin er seinen Antrag auf Antilegung einer katholischen Gemeindefachschule in Wilmersdorf zu rechtfertigen bemüht ist. Zudem wir mit Genehmigung stellen, daß Herr Prof. Leigig den Verzicht, dem Ultramontanismus Schriftmaderrechte zu leisten, mit aller Bestimmtheit ablehnt, geben wir das Besondere aus seiner Zustimmung in nachstehenden wieder:

„Die gebiete Redaktion will mit keiner nicht glauben, daß der von uns in der Wilmersdorfer Gemeindefachschule ein-gebrachte Antrag, neben den Gemeindefachschulen evangelischer Konfession auch eine Gemeindefachschule katholischer Konfession anzustellen, gerade aus Gründen liberaler Kommunalpolitik gestellt worden ist. In No. 125 hatten Sie mir vor, daß ich in eine Frage, die mit der Konfession nichts zu tun habe, ein konfessionelles Moment hineingetragen, und mit meinem Antrag der ultramontanen Ministerarbeit in Wilmersdorf unbefriedigend Vorlauf gestellter habe. Das genaue Gegenteil ist richtig, und ich muß auf die öffentliche Mitteilung des Tatbestandes Wert legen. Ich konstatiere deshalb nachmalig: Dieher erhielten die Herren Schweltern in Wilmersdorf von der Gemeinde für ihre Hülfsleistung in der Armenpflege Gelder gezahlt, über deren Verwendung überhaupt keine Kontrolle gestellt wurde. Hiergegen habe ich mich geneigt und verlangt, daß die katholischen Schweltern, die in der Armenpflege tätig sind, in den kommunalen Armenpflegeämtern eingesetzt und der Aufsicht der hiesigen Armenverwaltung unterstellt werden. Das habe ich auch durchgesetzt, und es scheint mir, daß dadurch nicht eine Förderung, sondern eine Befähigung, ultramontaner Ministerarbeit, wenn man in diesem Falle davon überhaupt sprechen kann, herbeigeführt worden ist.“

Welchen Wert nach dieser Darlegung erst recht die dauerliche Aufgabe, daß die katholischen Schweltern, die bisher außerhalb des kommunalen Armenpflegeamtes standen und auf gemeinliche Gehaltungen keinen Anspruch hatten, dank dem Antrag Leigig fortan diesem Organismus eingegliedert sind. Das ist ein Fortschritt, der dem gerade in Wilmersdorf seit Langem mit großer Energie, wenn auch ganz geringfügig vorbringenden Ultramontanismus sehr zur Ermüdung dienen muß, was es auch Herrn Prof. Leigig scheint, als habe er der ultramontanen Ministerarbeit durch seinen Antrag entgegen-gewirkt.

Heber die wichtigsten Bestimmungen des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages, dessen Entwurf gegenwärtig dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorliegt, berichtet der „Vf. Tagesblatt“:

Der Vertrag ist mit einjähriger Kündigungsfrist auf 8 Jahre abgeschlossen; läuft also wie die meisten unserer Handelsverträge bis zum Jahre 1917. Es ist ein Zollvertrag, ein Zolltarifvertrag, durch den Portugal seinen gesamten zolltariflichen Verkehr mit Deutschland gegenüber gebunden hat mit der Einräumung, daß Portugal berechtigt ist, für eine bestimmte Anzahl von Artikeln diese Zollgebühren zu einer festgelegten Höhe zu erhöhen, wenn es gleichzeitig für diese Artikel die geltenden Zölle der geltenden Zölle einführt erweist also auf diese Weise neben der unbedingten Zolltarifbindung eine Erhöhung für die Zukunft gegen unberechenbare Zolltarifänderungen. Deutschland gewährt Portugal die reine Zolltarifbindung. Dagegen räumt Portugal Portugal für die Weine, die aus der Provinz Douro und von der Insel Madeira kommen und mit Ultramarinezeugnis versehen über die Hafen von Porto oder Rungund abgefahrt worden sind, den ermäßigten Zoll von 20 Pf. auf den Doppelwert ein, der Italien gegenüber für Madeira gilt. Außerdem sind in inneren Verkehr Portugals nur die notwendigsten portugiesischen Weinarten berechtigt, die Bezeichnung „Portugal“ und „Madeira“ zu führen. Es ist also ein Warenvertrag auf die Weinarten abzugeben worden, wie er in Portugal schon jetzt auf Grund der Wilmersdorfer-Konvention und besonderer Verträge gilt und in Deutschland durch das neue Weingesetz näher bestimmt wird.

Der Arbeitsmarkt zeigte im Monat Februar ein erfreuliches Bild. Das anhaltend tiefe Wetter hielt in einer Reihe von Großindustrien eine Belægung hinten. Das amtliche „Reichsarbeitsblatt“ jagt darüber: